

Dienstag (Vormittag), 14. Juni 2022 / Mardi matin, 14 juin 2022

**Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion /
Direction de l'économie, de l'énergie et de l'environnement**

**80 2021.RRGR.385 Motion 265-2021 Remund (Mittelhäusern, Grüne)
Klimaschutz als Chance nutzen – Green New Deal für den Kanton Bern**

**80 2021.RRGR.385 Motion 265-2021 Remund (Mittelhäusern, Les Verts)
La protection du climat, une chance à saisir : un pacte vert pour le canton de Berne**

Präsident. (*Der Präsident läutet die Glocke. / Le président agite sa cloche.*) Einen wunderschönen Morgen. Diejenigen, die vielleicht gestern Abend etwas später ins Bett gegangen sind, haben den wunderschönen Mond gesehen. Heute Abend wäre Vollmond, also geniessen Sie ihn, wenn Sie können. Heute wäre eigentlich Tag des Blutspendens und zugleich auch Tag des Badens. Was davon heute besser passt, überlasse ich Ihnen, aber Zeit werden wir ohnehin bis heute Abend um 19 Uhr keine haben, weder für das Baden noch für das Blutspenden, weil wir bis heute Abend um 19 Uhr Session haben.

Es liegt auch ein neues Zeitbudget vor. Sie können ganz sicher den Donnerstagnachmittag streichen, dann werden wir sicher nicht hier sein. Bezüglich des Vormittags warten wir noch, aber mit grosser Wahrscheinlichkeit werden wir einmal am Mittwochnachmittag fertig. Soviel dazu, aber wir werden heute noch definitiv etwas sagen wegen des Donnerstagsmorgens, damit Sie sich organisieren können.

Ich bitte Sie, Ihre Gespräche draussen weiterzuführen oder ganz leise, wir kommen nämlich zum Traktandum 80. Es ist eine Motion, der Regierungsrat empfiehlt Annahme als Postulat. Wir führen eine freie Diskussion. Der Motionär hat das Wort.

Jan Remund, Mittelhäusern (Grüne), Motionär. Bei Eingabe der Motion im Dezember 2021 ging ich davon aus, dass fast alle diese Stossrichtung unterstützen. Der Vorstoss wurde von Mitgliedern aus allen Fraktionen – ausser der EDU – unterzeichnet, darunter auch Parteipräsidenten und -präsidentinnen, die auch im Rat vertreten waren. Die Antwort des Regierungsrates ist grundsätzlich positiv, wenn auch hier etwas zurückhaltend. Er möchte den Vorstoss denn auch nur als Postulat annehmen, ohne für die Ablehnung der Motion eine Begründung zu liefern.

Damit sind wir nicht einverstanden. Die Dringlichkeit des Handelns dürfte uns allen klar sein. Die Klimaentwicklung gibt der Regierung die Grundlage zum Handeln. Es gibt sehr viele einzelne Massnahmen und Teilstrategien, eine Übersicht aber fehlt. Die übergeordnete Strategie und die langfristige Planung für die Klimaanpassung und die Dekarbonisierung aller Direktionen ist aber zentral. Weitere Massnahmen wie Aktionsplan, Finanzierungsplan, Realisierungsetappen, Anpassungen der gesetzlichen Grundlagen, sind notwendige Schritte für das Erreichen und sie fehlen bislang. Dies bezweifelt auch der Regierungsrat nicht.

Dies alles wird Geld kosten, aber viel weniger, als wenn wir nichts machen oder schlecht planen. Gerade die Sparfüchse unter uns sollten für die Motion sein, damit man vorab in Bereiche investiert, in denen besonders effiziente Massnahmen umgesetzt werden können. Ich habe aufgrund der bekannten Fonds-Phobie hier im Saal bewusst auf die Forderung eines Klimafonds verzichtet, ohne zu verheimlichen, dass ich dies eigentlich für ein gutes Mittel halten würde. Mit der Zustimmung in der Frühjahrssession zur separaten Verwendung der BEKB-Dividende könnte aber ein Teil dieser Massnahmen gefördert werden.

Das Vorbild für diese Motion und ihre Umsetzung ist der Kanton Graubünden. Der Vorstoss, der Aktionsplan und die erste Etappe wurden dort mit grossem Mehr angenommen. Die Regierung geht

proaktiv vor. Sie hat einen Fonds von einer Milliarde Franken angekündigt inklusive Finanzierungs-konzept. Der Kanton Graubünden ist etwa fünfmal weniger gross als der Kanton Bern von der Bevölkerung her. Sein Aktionsplan umfasst viele Sektoren wie die Industrie, den Tourismus, die Landwirtschaft, den Konsum oder den Umgang mit Naturgefahren. Viele Massnahmen sind schon vorhanden und werden einfach verstärkt. Auch hier müsste der Kanton Bern nichts Neues erfinden.

Der Klimaschutz bietet Chancen für die Wirtschaft und wird zu einem neuen Jobmotor, vor allem in den Bereichen Gebäudesanierung, Heizungsersatz und Solarenergie. Den momentan vorhandenen Fachkräftemangel als Grund für eine Ablehnung zu nennen, wäre aber falsch. Das sage ich auch als aee-Bern-Präsident und Vertreter der Branche. Es geht hier um einen mittel- und langfristigen Zeithorizont. Ein Grossteil der Wirtschaft wird profitieren von einer raschen, einer gut geplanten und einer verstärkten Energiewendewende. Wie erwähnt halten wir an der Motion fest. Nur diese wird dem Regierungsrat genügend Druck machen. Wir wollen nicht, dass er den New Deal prüft, wir wollen, dass er ihn umsetzt. Ich bitte um die Zustimmung zur Motion.

Präsident. Gibt es noch Mitmotionäre, die das Wort wünschen? – Das ist nicht der Fall. Wir gehen zu den Fraktionssprechern. Für die Fraktion der FDP hat Grossrat Arn das Wort.

Daniel Arn, Muri b. Bern (FDP), Fraktionssprecher. Mit der Annahme des Verfassungsartikels 31a durch das Berner Stimmvolk haben die Regierung und das Parlament einen klaren Auftrag gefasst. Ich erwähne nur ein paar Stichworte aus diesem Artikel: Aktive Begrenzung der Klimaveränderung und deren nachteiliger Auswirkungen, Klimaneutralität bis 2050, Innovations- und Technologieförderung und auch «der Kanton und die Gemeinden richten die öffentlichen Finanzflüsse insgesamt auf eine klimaneutrale und gegenüber der Klimaveränderung widerstandsfähige Entwicklung aus». Also eigentlich ist alles vorhanden.

Wir haben uns schon zum Vorstoss von Kollege Vanoni, «Richtlinien der Regierungspolitik 2023–2026: Den Klimaschutz ins Zentrum rücken (Klima-Legislatur)» (M 025-2022), von letzter Woche dahingehend geäussert: Wir wollen jetzt die Ergebnisse, Handlungsfelder Aktivitätspläne etc. zu den vielen Strategien sehen, die vorliegen, und auch noch zu noch zu erfüllenden Vorstössen, die in der Pipeline sind. Die Regierung soll uns diese aufzeigen. Es liegt alles auf dem Tisch und die Regierung ist am Erarbeiten der Richtlinien der Regierungspolitik 2023–2026. Sollte von dort dann kein Plan kommen, ja, dann könnte einen dann schon langsam das Gefühl beschleichen, dass irgendetwas missverstanden worden sei.

Unser grossmehrheitliches Nein zu dieser Motion in allen drei Punkten heisst also auf keinen Fall, dass wir gegen die Klimaziele und auch sicher nicht gegen eine Verfassung wettern. Im Gegenteil, wir stehen dahinter und wir wollen die Regierung ermutigen, vorwärts zu machen und dazu beitragen, dass sie sich nicht weiter immer wieder hinter neuen Vorstössen verstecken kann, so nach dem Motto: Jetzt müssen wir halt zuerst wieder einen Bericht machen und danach schauen, welche Querverbindungen es zu den anderen Vorstössen und Aufträgen gibt etc. Dann korrigieren wir wieder und stellen richtig usw. Ein einfaches Mittel, eine Verwaltung am Agieren zu hindern, ist, sie mit Vorstössen zu zubetonieren oder zu zumüllen. Die FDP-Fraktion lehnt den Vorstoss als Motion grossmehrheitlich ab. Sollte dann noch ein Postulat daraus werden, sind die Nein-Stimmen in der Mehrheit.

Ulrich Egger, Hünibach (SP), Fraktionssprecher. Wir sehen es natürlich gerade ein bisschen anders als der Vorredner. Die SP-JUSO-Fraktion unterstützt die vorliegende Motion selbstverständlich ohne Wenn und Aber.

Wie der Regierungsrat in seiner Antwort richtig feststellt, braucht der Kanton Bern eine langfristige Klimastrategie mit verbindlichen Zwischenzielen, wenn wir die Klimaziele 2050 auch erreichen wollen. Das sind diejenigen Klimaziele, die das Volk mit einem deutlichen, ganz deutlichen Ja zum neuen Artikel 31a in der Verfassung festschreiben wollte. Mit einem deutlichen Ja zu dieser Motion, also zu einem Green New Deal wie er im Kanton Graubünden auch beschlossen wurde, kann der Kanton Bern – oder der Grosse Rat heute – zeigen, dass es ihm ernst ist mit dem Umsetzen des Volkswillens in Sachen Klimaschutz.

Für uns, die SP, steht wie immer in solchen Dingen das Wohlergehen des Menschen im Zentrum. Wir wollen nicht nur die Natur schützen und erhalten, sondern ein nachhaltiges Wirtschaften zugunsten von Mensch und Natur fördern. Eine solche Nachhaltigkeit birgt ganz grosse Chancen auch für die Berner Wirtschaft, für innovative Technologien und Projekte für spannende Arbeitsplätze, für eine grössere Wertschöpfung.

Wenn ich das persönlich sehe, dann ist dies eigentlich das, wovon ich schon seit 50 Jahren träume: Dass der Kanton Bern als Leuchtturm für Nachhaltigkeit in Sachen Wirtschaft und Tourismus in der Welt dasteht und hier haben wir ein Rezeptbuch dazu, das verbindlich umgesetzt werden soll.

In dieser Diskussion geht es aus meiner Sicht vor allem um Rückendeckung für unsere Regierung. Ich gehe davon aus, dass der Regierungsrat nur einem Postulat und nicht einer Motion zugestimmt hat, weil er nicht sicher ist, ob die Umweltdirektion überhaupt die nötigen Ressourcen hat, um den Green New Deal auch umzusetzen. Deshalb sollte der Grosse Rat nun umso bestimmter mit einem deutlichen Mehr zu dieser Motion signalisieren, dass er auch bereit ist, den nächsten Schritt zu machen, die Dinge in Angriff zu nehmen und auch der zuständigen Direktion die nötigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Unser Umweltdirektor und die ganze Regierung scheinen sehr motiviert und bestrebt zu sein, dem Klimaartikel in unserer Verfassung gerecht zu werden und die Klimaziele wie versprochen bis 2050 umzusetzen. Geben wir deshalb den zuständigen Stellen auch die nötigen Mittel, die es braucht, um dies auch zu machen. Besten Dank all denjenigen, die zugehört haben und besten Dank all jenen, die helfen den Green New Deal zu unterstützen.

Andreas Mühlemann, Grasswil (Die Mitte), Fraktionssprecher. Für die Mitte-Fraktion ist der Klimaschutz wichtig. Es ist auch in unserem Sinne, dass die Klimastrategie überprüft wird. Die Idee ist, dass man nicht über jede einzelne Massnahme diskutiert, sondern den Klimaschutz als Paket beurteilt. Der Vorteil ist der ganzheitliche Ansatz. Ein Vorbild kann das Bündner Modell des Green Deal sein, das bereits besteht und wir können davon Dinge übernehmen. Es braucht einfach neue Schritte, um den Klimaschutz vorwärts zu bringen, damit wir die Ziele 2050 erreichen können.

In der Überschrift der Motion steht: «Klimaschutz als Chance nutzen». Deshalb: Packen wir diese Chance und setzen ein Zeichen für das Klima! In der Mitte-Fraktion ist eine Mehrheit für die Motion, bei einem Postulat sind wir einstimmig dabei.

Katja Riem, Kiesen (SVP), Fraktionssprecherin. Nachhaltigkeit. Damit wir zwischendurch nicht vergessen bei all diesen Klimageschäften, was das eigentlich bedeutet, habe ich den Begriff wieder einmal nachgeschlagen. Zwei Bedeutungen kommen dabei hervor. Erstens: «eine längere Zeit anhaltende Wirkung» und zweitens: «Prinzip nach dem nicht mehr verbraucht werden darf, als jeweils nachwachsen, sich regenerieren oder langfristig wieder bereitgestellt werden kann».

Das tönt gut. Wenn man noch ein bisschen weiterliest, findet man sofort das Dreisäulenprinzip der Nachhaltigkeit, welches Sie sicherlich alle bestens kennen. Nachhaltigkeit setzt sich zusammen aus der sozialen, der ökologischen, aber eben auch aus der wirtschaftlichen Ebene und diese, dünkt es uns, wird hier drin immer wieder Mal etwas vergessen und ganz besonders auch bei diesem Vorstoss. Dabei ist es doch eben ganz klar definiert. Wenn eine Massnahme «eine länger anhaltende Wirkung» haben soll, dann muss sie auch wirtschaftlich sein. Dann darf nur so viel eingesetzt werden, wie jeweils längerfristig auch wieder bereitgestellt werden kann.

Man will zusätzlich Gelder ausgeben für Aktionen, die bereits gut aufgegleist sind – oder wie es Kollege Arn gesagt hat: Es ist schon alles vorhanden. Die hiesige Wirtschaft, und damit unsere KMU, unsere Landwirtschaft, aber auch unsere Industrie und unser Tourismus, setzt sich schon heute besonders aktiv für die Umwelt ein und dies mit der Berücksichtigung aller drei Ebenen der Nachhaltigkeit. Die Fraktion der SVP sieht daher nicht ein, weshalb man die Wirtschaft ökologisch umkrempeln will, und dass man riesige Mengen von Fördergeldern unserer Steuerzahlerinnen und Steuerzahler für Massnahmen ausgeben will, welche die wirtschaftliche Ebene nicht oder nur kaum berücksichtigen.

Auch wir wollen unsere Umwelt schützen, wir kennen sie nämlich auch recht gut. Aber bitte weiterhin mit einem Abbau von Gesetzen, Pflichten und Kosten und nicht umgekehrt. Wir lehnen deshalb

sowohl die Motion als auch das Postulat sehr grossmehrheitlich ab und beantragen auch gleich noch die Abschreibung.

Und noch etwas zum Schluss: Ich musste ja schon etwas schmunzeln, als ich die 110 Seiten des Bündner Green New Deals durchgelesen habe und einmal mehr die ökologisierte Motorfahrzeugsteuer gefunden habe. Ganz ein guter Trick, liebe Motionärinnen und Motionäre.

Hanspeter Steiner, Boll (EVP), Fraktionssprecher. Die vorliegende Motion ist eine konsequente Folge aus schon gefällten Entscheiden, wie der Energiestrategie 2050 oder, im Kanton Bern, dem Klimaschutz in der Verfassung. Es geht also um das Erreichen von Zielen, die wir uns gesteckt haben. Für die EVP ist es wichtig, dass wirksame Massnahmen, inklusive einem Finanzierungsplan, zwingend sind, ebenso soll eine klare Strategie erkennbar sein. Ein langer Weg liegt noch vor uns. Die vier Punkte dieser Motion helfen uns, damit auf diesem Weg geordnet vorwärtsgegangen werden kann.

Der Kanton Graubünden, der ähnliche Strukturen hat wie der Kanton Bern, ist uns diesbezüglich als Vorbild vorangegangen. Wir haben das Gefühl, dass dies auch für den Kanton Bern ein guter Weg ist, welchen wir da einschlagen können. Eigentlich sagt ja auch der Regierungsrat in seiner Antwort zu all diesen Punkten Ja oder sieht sie positiv. Weshalb er trotzdem nur ein Postulat will, dazu wäre ich schon noch froh um eine Antwort. Wir von der EVP sehen das anders, wir sagen Ja, einstimmig Ja, zu dieser Motion und wir freuen uns, wenn Sie das auch tun können.

Casimir von Arx, Spiegel b. Bern (glp), Fraktionssprecher. Ich glaube, dieser Vorstoss ist jetzt einfach die logische Konsequenz der Abstimmung, die letzten September stattgefunden hat. Wir haben über diesen Klimaartikel abgestimmt, – also nicht wir hier im Saal, sondern alle Stimmberechtigten. Das Ziel ist klar in diesem Artikel, der Weg ist aber noch nicht klar und somit müssen wir jetzt den Weg definieren. Ich glaube, das bestreitet hier drin wohl niemand.

Auch die Antwort des Regierungsrates war interessant. Ich muss allerdings sagen, dass ich darin keine stichhaltigen Argumente gefunden habe, weshalb man jetzt diesen Vorstoss nur als Postulat überweisen sollte, da wäre ich eher bei Grossrat Arn: Ja, bei einem Postulat wird noch ein wenig geprüft, bei einer Motion passiert etwas. Wenn man die Antwort der Regierung liest, man hat den Eindruck, sie sind dafür und am Schluss kommt dann noch «Postulat». Das ist eigentlich, wie wenn man am Schluss noch einen «Schlungg» gemacht hätte, was für mich nicht nachvollziehbar ist. Die glp-Fraktion stimmt dem Vorstoss selbstverständlich zu, egal in welcher Form, aber ich denke, die Motion ist hier der zielführendere Weg.

Vielleicht noch schnell eine Replik zum Votum der FDP: Dort ist es mir jetzt auch ein bisschen gegangen wie bei der Antwort des Regierungsrates, ich habe eigentlich auch kein stichhaltiges Argument gegen diese Motion herausgehört. Wir verlangen hier ja nicht irgendeinen Bericht – diesbezüglich bin ich mit Daniel Arn einig –, mit welchem nachher einfach Zeit verplempert wird, sondern es wird ja ein Aktionsplan verlangt. Dies ist viel handlungsorientierter und dies würde, wenn schon, eher gegen ein Postulat sprechen als gegen die Motion.

Ich finde, wir haben zusammen A gesagt – die meisten Parteien hier im Saal haben vor den Wahlen A gesagt –, und dann, dünkt mich, kann man nach den Wahlen auch gut B sagen. Man sollte auch daran denken, dass der ganze Aktionsplan ja auch eine grosse Chance für die Wirtschaft ist. Irgendjemand muss ja die Massnahmen des Aktionsplans umsetzen, zu welchem der Regierungsrat den Auftrag erhält. Das wird zum Teil natürlich der Kanton selber sein, aber zu grossen Teilen selbstverständlich auch die Wirtschaft. Diesbezüglich, Grossrätin Riem: Die Stärkung der Volkswirtschaft ist ja Bestandteil dieses Artikels. Selbstverständlich sind hier alle drei Säulen der Nachhaltigkeit gemeint. Der Regierungsrat fasst denn auch den entsprechenden Auftrag, wenn man diese Motion überweist. Also, sagen wir, wir haben A gesagt, jetzt können wir auch B sagen. Ich glaube, wir haben noch ein wenig Aufholbedarf. Letzte Woche wurde eine halbe Milliarde für neue Strassen gesprochen, da können wir jetzt auch gut – damit wir dann die Klimaziele in unserer Kantonsverfassung wirklich erreichen – diesen Aktionsplan umsetzen.

Ich glaube, auch mit der Motorfahrzeugsteuer hat dies jetzt nicht so viel zu tun. Über diese haben wir erst kürzlich abgestimmt und in dieser Motion steht dies aus meiner Sicht nicht drin. Ich denke,

jetzt hat man halt konsequenterweise den Weg mit der Elektromobilität eingeschlagen nach der Ablehnung dieses Gesetzes in diesem Frühling oder Winter durch die Stimmbevölkerung. Bitte stimmen Sie dieser Motion zu. Das ist ein guter Weg und die Konsequenz aus dem, was die Stimmberechtigten im letzten Herbst abgestimmt haben.

Regina Fuhrer-Wyss, Burgistein (SP), Einzelsprecherin. Wir wissen alle, dass wir einen Klimaartikel in der Verfassung haben. Wir hatten schon manchen Vorstoss hier im Saal und darüber diskutiert. Ich gehe davon aus, dass wir auch in Zukunft wieder Vorstösse zu dieser Thematik – wie gehen wir mit der Klimakrise um? – hier im Rat haben werden.

Wir wissen auch: Die Landwirtschaft ist besonders betroffen von der Klimakrise. Die Landwirtschaft ist besonders darauf angewiesen, dass Massnahmen ergriffen werden. Ich kann daher einfach nicht ganz nachvollziehen, warum die SVP meistens – um nicht zu sagen immer – sagt: Ja, wir wollen die Umwelt schon schützen, aber bitte einfach nicht genau so und bitte einfach nicht gerade jetzt, es gibt andere Möglichkeiten. Das ist für mich, besonders aus der Sicht als Bäuerin, schwer nachvollziehbar.

Es ist klar, es gibt Massnahmen, die kosten. Die kosten Geld, die kommen vielleicht sogar etwas teuer. Aber was noch klarer ist: Wenn wir nichts machen, wenn wir nichts unternehmen, kommt es uns noch viel teurer, kommt es die Gesellschaft teurer und wir werden mit diesem Problem der Klimakrise nicht umgehen können. Ich bitte Sie also, diesen Vorstoss auch im Interesse der Landwirtschaft als Motion anzunehmen.

Bruno Vanoni, Zollikofen (Grüne), Einzelsprecher. Ich wollte dieses Mal eigentlich nichts mehr sagen zum Klimaschutz, aber weil wir jetzt über den Bündner Green Deal sprechen, muss ich als Bündner, der seit der Geburt im ausserkantonalen Exil lebt, trotzdem noch etwas dazu sagen. Katja Riem hat mich vor allem auch herausgefordert. Sie hat ja den ganzen Bericht gelesen und deshalb weiss sie schon, was ich jetzt sage, ich vermute es wenigstens. Der Green New Deal Graubünden umfasst einen Teil, der schon vor dem Beschluss des Bündner Grossen Rates initiiert wurde – und zwar von wem? Von den Bündner Bauern, freiwillig, aus eigener Initiative. Aber auch bei ihnen wurde nachher klar: Wenn sie in Richtung Klimaneutralität vorankommen wollen, sind sie darauf angewiesen, dass sie Unterstützung durch den Kanton haben und dass sie auch Geld erhalten für ihr Programm, das sie zu entwickeln begonnen haben. Das Bündner Bauernprogramm – sie nennen sich Klimabauern – ist im Moment in der ersten Phase mit 50 Pilotbetrieben, bei welchen einzelbetrieblich, aufgrund ganz verschiedener Verhältnisse, geschaut wird, was sie ganz konkret machen können. Für diese 50 Pilotbetriebe haben sich *mehr als doppelt* so viele Bauernbetriebe interessiert und sich darum beworben. Es gibt also einen riesigen Drang der Bündner Bauern Richtung Klimaschutz.

Ich bin mir darüber im Klaren: Ich glaube, einen grossen Teil der Bauern hier im Saal, die bei der SVP sind, kann ich jetzt nicht umstimmen mit diesem Votum. Aber ich möchte Sie doch bitten: Wenn Sie jetzt nicht über ihren Schatten springen und diesem Vorstoss zustimmen können, gehen Sie doch ab und zu auf die Website klimabauern.ch und schauen Sie, was dort vorangeht im Kanton Graubünden – aus Initiative der Bauern. Dann werden Sie sich mit der Zeit vielleicht doch auch ein bisschen bewegen und inspirieren.

Manfred Bühler, Cortébert (UDC), Einzelsprecher. Vielleicht schnell eine kleine Erinnerung für diejenigen Leute, die vielleicht nicht ganz wissen, was die Grössenordnung des Problems ist, über das wir hier im Saal sprechen. Wenn die Menschheit 1,5 Grad Erwärmung nicht überschreiten will, dann dürfen wir 3000 Mrd. Tonnen CO₂ ausstossen. In der Grössenordnung haben wir etwa 2200 Mrd. Tonnen bereits ausgestossen, das heisst, wir dürfen noch etwa einen Drittel dessen machen, was wir bis heute ganzheitlich als Planet ausgestossen haben. Wenn wir dieses Ziel erreichen wollen, ist das minus 5 Prozent pro Jahr fossile Energie, jedes Jahr ab heute, ab sofort. Minus 5 Prozent, ich glaube, ich habe dies im Saal schon gesagt, ist genau das, was wir 2020 geleistet haben wegen des Virus, als unsere Wirtschaft praktisch stillstand, weltweit, mehrere Monate lang,

als wir keine Flugzeuge mehr brauchten usw. Dies ist also die Grössenordnung des Efforts, den man leisten sollte.

Wenn hier von Klimaplan, Green New Deal usw. gesprochen wird, sagt eigentlich niemand, worum es geht: Es geht um 5 Prozent weniger von allem, was wir täglich, tagein, tagaus, machen: Transport, Produktion, alles. Sogar unser Gesundheitssystem ist betroffen, meine Damen und Herren. Gesundheit in der Schweiz, in den entwickelten Ländern wie zum Beispiel auch Frankreich – dort wurde es genau berechnet –, Gesundheit macht eigentlich 8 Prozent des CO₂-Ausstosses in einem Land wie der Schweiz aus. 8 Prozent weshalb: Es braucht Gebäude, es braucht Maschinen, es braucht Produktion von Medikamenten usw. Und dies alles muss man 5 Prozent zurückfahren.

Wenn jemand meint, man könne die fossilen Energien 1:1 sehr rasch mit irgendwelchen erneuerbaren Energien ersetzen, dann träumt er, sorry! Wir haben im Berner Jura sehr viel Erfahrung mit erneuerbaren Energien, Solar- oder Windkraft insbesondere, aber da spricht man nur von Strom. Mit Strom kann man weiss Gott nicht alles ersetzen, was heute mit fossilen Energien bewerkstelligt wird. Ich möchte also, dass man hier die Dinge beim Namen nennt, dass man sagt, was man von der Bevölkerung verlangt. Man kann nicht nur einen Klimaartikel in die Verfassung abstimmen lassen und nachher nicht sagen, was man denn machen muss. Denn letztlich sind 5 Prozent weniger Energie pro Jahr 5 Prozent weniger BIP, da unser BIP direkt abhängig ist von der Menge an Energie, die wir jetzt zur Verfügung haben.

Also aus diesen Gründen, weil dieser Plan völlig unrealistisch ist, so wie er heute aufgelegt ist, können wir von der SVP her nicht zustimmen. Wir sind aber bereit, gescheite Massnahmen umzusetzen, wenn es zum Beispiel um die Förderung des Heizungsersatzes geht. Dort haben wir sehr viel Potenzial in diesem Kanton mit Holzwirtschaft, mit Strom. Dazu müsste man dann natürlich noch genug Strom haben, da können wir dann wieder über AKWs diskutieren. Somit hätte ich geschlossen, ich danke für die Ablehnung.

Christoph Ammann, WEU-Direktor. Die Regierung teilt die Auffassung der Motionärinnen und Motionäre, dass die Herausforderungen des Klimawandels angegangen werden müssen und dass man sie breit anpacken muss. Der letzte Einzelsprecher hat aufgezeigt, in welchen Dimensionen man Massnahmen möglichst schnell ergreifen muss. Die Schlussfolgerung, die er zieht – nämlich, dass es nicht möglich sei, und dann lasse man es gescheiter bleiben –, ist nicht diejenige der Regierung, sondern es muss möglich sein, und zwar auch im Zeitraum, den der Verfassungsartikel in der Berner Verfassung aufzeigt.

Ich brauche diesen nicht zu zitieren, die Ziele sind klar. Beim Verfassungsartikel geht es um die Dekarbonisierung der Energieversorgung, geht es um die Anpassung an den Klimawandel, geht es um Massnahmen, die auf der einen Seite im Sinn von einer nachhaltigen Entwicklung in allen drei Dimensionen sind oder es geht auch um Massnahmen zur Innovations- und Technologieförderung. Dies ist die Themenbreite, welche der Klimaartikel vorgibt. Dies zeigt auf: Wenn man eine Wirkung durch Massnahmen erzielen will, braucht es eine Umsetzung in allen Wirtschafts- und Gesellschaftsbereichen. Dann braucht es eben auch eine koordinierte Gesamtsicht, anstatt dass wir einfach ein Sammelbecken haben von Einzelstrategien, mit Massnahmen hinterlegt, die unkoordiniert nebeneinander herlaufen.

Deshalb ist die Regierung bereit, einen Aktionsplan zu erstellen. Damit könnten wir diese Koordination erreichen, wir könnten konkreter werden. Dies will die Regierung prüfen, so dass man auch die verschiedenen Vorstösse, die in den letzten Jahren – und auch in dieser Session – diskutiert und zu einem grossen Teil überwiesen wurden, sammeln und in einem Aktionsplan zusammenführen kann. Das wäre durchaus sinnvoll.

Ich sage noch kurz etwas zu den einzelnen Punkten. Zu Punkt 1: Es ist so, ich habe es erwähnt, es gibt Strategien. Es wird viel gemacht, es wurde vieles aber auch unkoordiniert gemacht. Wir haben eine Umweltstrategie in der Direktion, wir haben eine Energiestrategie auf kantonaler Ebene, wir haben Strategien in den Bereichen Gesamtmobilität oder auch als Wirtschaftsstrategie. Das läuft alles gut, aber es läuft nebeneinander her. Effizienter und wirkungsvoller wäre, wenn man sie zusammenführen würde, oder wenn man auf jeden Fall die Schnittstellen anschauen würde. Man kann dem nachher Green New Deal sagen für den Kanton Bern, man kann auch den Kanton Grau-

bünden als Vergleich herbeiziehen, im Sinn von Best Practice, und daraus auch gewisse Dinge übernehmen.

Zu Punkt 2: Wenn man konkrete wirksame Massnahmen vorschlagen will, dann braucht es Grundlagenarbeit. Dann muss man sehen, wo die Handlungsfelder sind. Man muss die Analyse gemacht haben, muss auch die Rechtsgrundlagen bereit haben, es braucht Finanzierungspläne – genau wie das gefordert wird in Punkt 2. Somit komme ich auf die Frage, die mehrfach gestellt wurde: Warum will denn die Regierung nur ein Postulat und nicht eine Motion. Diesbezüglich muss ich Ihnen schon sagen, liebe Grossrätinnen und Grossräte, es geht bei dieser Frage halt schon auch um die Frage, ob man ein Wienerli möchte oder ein Kotelett oder ein Filetstück. Mit anderen Worten: Es braucht Ressourcen.

Zuständig für einen Grossteil der Arbeit all dieser Aufträge, die Sie jetzt im Klimabereich der Regierung erteilt haben oder auch noch erteilen werden, ist das Amt für Umwelt und Energie. Das ist ein kleines, spezialisiertes Grüppchen von Fachleuten, welches unter anderem ein 100 Mio.-Franken-Förderprogramm im Energiebereich stemmt. Diese Leute drehen nicht Daumen und warten darauf, dass man ihnen noch zusätzliche Aufträge gibt. Die sind völlig ausgelastet, um nicht zu sagen überlastet und sie stemmen das erwähnte Förderprogramm nur, weil wir mit einem gewaltigen Digitalisierungsschritt eine Aufwandsminimierung erreicht haben, die schweizweit – ich sage das auch mit einem gewissen Stolz – einzigartig ist. Wir können pro Person, die arbeitet, schweizweit praktisch am meisten Fördergesuche bearbeiten.

Mit anderen Worten, noch einmal, es braucht Ressourcen, schon nur wenn es darum geht, Grundlagen zu schaffen, eben einen Aktionsplan einzurichten. Danach braucht es eben auch noch Massnahmen, und diese kosten. Wenn ich sage, die Regierung wolle ein Postulat, dann müssen wir auch sagen, wenn wir ehrlich und transparent sein wollen: Letztendlich wird dieses Parlament auch im Rahmen der nächsten Budgetdebatte entscheiden müssen – damit bin ich wieder beim Wienerli –, was man genau will. Also jeder Vorstoss, und somit auch ein Aktionsplan, hat ein Preisschild und das Parlament legt nachher den Preis fest, welchen es bereit ist, für den Klimaschutz zu bezahlen.

Zu Punkt 3: Da sind wir uns einig, 2050 ist die Jahreszahl, welche der Verfassungsartikel vorgibt und da braucht es eine langfristig angelegte Klimastrategie. Es braucht Zwischenziele und es braucht ein Zusammenlegen von vorhandenen Strategien. Das sind die Überlegungen und das sind auch die Stossrichtungen, die die Regierung auch in der schriftlichen Antwort aufzeigt, die dazu führen, dass wir gerne bereit sind, dieses Thema in Form eines Postulats anzunehmen.

Jan Remund, Mittelhäusern (Grüne), Motionär. Noch schnell eine Antwort auf einige Dinge: Wir werden nicht wandeln aufgrund dieser Antworten. Vielleicht eine Antwort an die FDP: Eine Motion hilft hier dem Regierungsrat sicher, vorwärtszumachen, sie bremst ihn sicher nicht. Es ist, wie gesagt, ein Vorstoss für die und mit der Wirtschaft; nur zusammen mit der Wirtschaft werden wir diese Ziele erreichen. Daher werden wir sicher auch immer in diesen drei Dimensionen der Nachhaltigkeit denken. Diesbezüglich spricht überhaupt nichts gegen diesen Vorstoss, also das ist sicher kein Grund dagegen.

Vielleicht noch ein Wort an Manfred Bühler. Er erzählt hier eigentlich wissenschaftlich gesehen einen Unsinn, muss man sagen. Es gibt hunderte von Studien, die zeigen, dass es möglich ist. Es ist ökonomisch möglich, es ist finanziell möglich, es ist technisch möglich, die Dekarbonisierung bis 2050 zu schaffen. Daher ist es wirklich schlecht, wenn man hier das Gegenteil dessen behauptet, was Gegenstand der Wissenschaft ist.

Vielleicht noch ein Wort zu den Wienerli: Wir wollen weder Wienerli noch Kotelett, eher ein Vegi-Schnitzel in diesem Zusammenhang, und es muss genau jenes Produkt geben, das adäquat und nötig ist, um dieses Ziel zu erreichen. Und es braucht dann eben eventuell auch mehr Ressourcen in diesem Bereich. Aber es ist so: Wenn man Ziele hat in der Verfassung, muss man diese eben auch mit den notwendigen Mitteln umsetzen. Ich bitte um Zustimmung zu dieser Motion.

Präsident. Wir kommen zur Abstimmung über diese Motion. Ich halte fest: Es ist eine Motion. Es ist dann auch die Abschreibung verlangt. Zuerst stimmen wir über die Motion ab: Wer dieser Motion zustimmt, stimmt Ja, wer das nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung / Vote

2021.RRGR.385

Annahme / Adoption

Ja / Oui	86
Nein / Non	61
Enthalten / Abstentions	5

Präsident. Sie haben diese Motion angenommen.

Wir befinden noch über die Abschreibung: Wer diese Motion abschreiben will, stimmt Ja, wer das nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung / Vote

2021.RRGR.385: Abschreibung / classement

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui	62
Nein / Non	87
Enthalten / Abstentions	5

Präsident. Sie haben diese Motion nicht abgeschrieben.

Bevor wir zum nächsten Geschäft kommen, möchte ich Grossrätin Sibyl Eigenmann ganz herzlich zum Geburtstag gratulieren. Ich wünsche einen schönen Tag, geniess es. (*Applaus / Applaudissements*)